

## Wie human ist die Hungerhilfe?

Bevor sich im vergangenen Jahr das Ausmaß der jüngsten Hungerkatastrophe in Afrika richtig abzuzeichnen begann, mischten sich unter die Berichterstattung über die Dritte Welt und entsprechende Kommentare hierzulande ungewöhnliche Überlegungen; ungewöhnlich aufgrund ihrer martialischen Ausdrucksweise und wegen ihres provokanten Inhaltes: Von den mörderischen Konsequenzen des Mitleids für die hungernde Drittweltbevölkerung war da die Rede und die Brotspenden für die Hungernden wurden als Selbstbetrug dargestellt. Die Rettung der heute Verhungerten, so die These des Wissenschaftspublizisten *Hoimar v. Ditfurth*, bedeute potenziertes Elend und Sterben für die zukünftigen Generationen. Der vieltausendfache Tod von Kindern heute bewahre „die Erde vor einer Situation, die alles heutige Sterben bei weitem überträfe“.

Eine makabre Überlegung angesichts von 40 Millionen, die Jahr für Jahr an den Folgen von Hunger und Unterernährung sterben, und eine zynisch klingende Entlastung gegenüber 500 Millionen Menschen, die heute unterernährt sind und deren Zahl bis zum Jahr 2000 auf 800 Millionen zu steigen droht, so die Zahlen der FAO und der Weltbank. Zynismus allerdings lag Ditfurth fern: Mit solch pointierten Wendungen suchte er die, wie er meinte, falsche Zielsetzung von Hilfsaktionen zugunsten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu attackieren. Es gelte, das Augenmerk auf die *Bevölkerungsentwicklung* in diesen Ländern zu richten. Hier entscheide sich die Zukunft dieser Weltregion und die Zukunft von uns allen. Die dergestalt geäußerten Zweifel am Sinn von Hungerhilfe griff ihrerseits die Rabanus-Maurus-Akademie, die katholische Akademie der Diözesen Fulda, Limburg und Mainz Mitte Januar in einer Tagung auf, die unter einen nicht minder provozierenden Titel gestellt war: „Laßt die Kinder sterben. Zur Humanität von Hungerhilfe.“ Eingeladen waren Vertreter der kirchlichen Hilfswerke „Brot für die Welt“, „Misereor“ und „Caritas“, *Rupert Neudeck* vom Komitee „Notärzte“, der Schweizer *Al Imfeld*, der Äthiopier *Johannes Mebrahtu*, Vertreter Bonner Ministerien und mit der Problematik befaßte Wissenschaftler.

### Die Industrieländer: zur Hilfe verpflichtet

Ungeteilt war die Übereinstimmung vor allem in einem Punkt: Zur *Hilfe in akuten Notsituationen* gibt es keine begründbare Alternative. Hunger, so die Argumentation des Bamberger Moralthologen *Volker Eid*, ist kein naturgegebenes Leid, in das man sich zu fügen hätte, wie in eine unheilbare Krankheit. Hunger ist von Menschen maßgeblich mitverursacht, mithin vermeidbar. Und wir, als Bewohner der Industrieländer, können uns von einer Mitwirkung an dem Elend dort nicht freisprechen, unser Wohlstand trägt in vielfältiger und oft komplizierter Weise dazu bei. Immerhin sind wir materiell in der Lage, die schlimmste Not unmittelbar abzuwenden: unsere

Nahrungsmittelproduktion kann – richtig verteilt – alle Menschen versorgen. Geht man davon aus, daß jeder Mensch ein Recht darauf hat, an den Gütern dieser Erde seinen Bedürfnissen entsprechend zu partizipieren, so begründen die uns gegebene Möglichkeit zum Beistand wie auch unsere Rolle als Mitverursacher des Hungers unsere Verpflichtung zu tatsächlicher Hilfeleistung. Es gibt keinen Grund, der uns aus dieser Pflicht zur Solidarität entläßt.

Zu dem konstruierten Dilemma zwischen der Hilfe heute und der durch sie vermeintlich vervielfachten Not morgen meinte Eid: Es sei nicht zu verantworten, daß die Lebenschancen auch nur eines einzigen Menschen, der heute lebt, der wahrscheinlichen Vermeidung zukünftigen Leides geopfert würden.

Solche *Soforthilfemaßnahmen* vermögen freilich nicht, die Misere wirklich zu beseitigen. Sie können im Gegenteil die Probleme noch verschärfen, etwa wenn sie überdimensioniert ausfallen, zum falschen Zeitpunkt erfolgen oder zu lange ausgedehnt werden und damit die Funktion von Finanzhilfen übernehmen. Erreicht etwa die Getreidehilfe ein Land zu einem Zeitpunkt, an dem die dort lebenden Bauern ihr Getreide zum Markt bringen, so wird – durch den Verfall des Preisniveaus – die Motivation zu weiterem, über das eigene Subsistenzbedürfnis hinausgehendem Getreideanbau untergraben und damit die Wurzel für die nächste Hungerkatastrophe gelegt. Oder: Die großzügige Spende von Sojaöl kann – wie dies tatsächlich in einem Fall geschehen ist – die mühsam aufgebaute Infrastruktur von kleinen Ölmühlen auf einen Schlag vernichten.

### Monokausale Erklärungen helfen nicht weiter

Es ist deshalb Ziel der Hilfswerke, neben der Linderung der unmittelbaren und existenzbedrohenden Not die *Ursachen des gesamten Übels* zu analysieren und auf der Grundlage solcher Analysen in der Bevölkerung latent vorhandene Kräfte zu ihrer Überwindung zu mobilisieren. Zu solcherart animierenden Maßnahmen gehören zeitlich überschaubare Aktionen, die zu finanzieller Unabhängigkeit führen und von lokalen Stellen übernommen werden können. Dazu gehören die Förderung und fachliche Begleitung von Selbsthilfegruppen und Bewegungen vor allem im ländlichen Bereich, wie auch der Aufbau von Partner- und Trägerstrukturen, die die Menschen dazu befähigen, in eigener Planung und Entscheidung Projekte durchzuführen. Daß diese Art der Hilfe von unten insbesondere dort, wo sich aufgrund eines neu erwachten Selbstbewußtseins ökonomische und politische Folgen abzeichnen, zu Friktionen mit bestehenden Herrschaftssystemen führen kann, ist nicht verwunderlich. Schon allein daran zeigt sich, daß bei einer Analyse der Ursachen der Misere ein *hoher Komplexitätsgrad* für deren

Realitätsbezogenheit unabdingbar ist. Sicherlich ist die simplifizierende Betrachtung mit ihrer monokausalen Schuldzuweisung leichter eingängig und für politische Virtuosen wirkungsvoller einsetzbar als eine komplexe und nur mühsam nachzuvollziehende umfassende Faktorendarstellung. Sündenböcke wie „die Dürre“, „das Bevölkerungswachstum“ dienen sogar oft dazu, „wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und strukturelle Schief lagen nicht angehen oder anprangern zu müssen“, so *Günter Hölder* vom Deutschen Caritasverband. Fest steht: Die Not in der Dritten Welt ist Ergebnis einer ganzen Reihe von Faktoren, zu denen ohne Zweifel klimatische Gegebenheiten und die Bevölkerungsentwicklung zählen. Doch nicht weniger gewichtig sind andere Faktoren: Die Machtlosigkeit der Betroffenen, ihre politische, rechtliche, ökonomische und soziale Entmündigung durch eine nachkoloniale Elite, die – so die Diagnose von Neudeck – „Spiegelbilder unserer Wünsche darstellen“ und häufig nichts anderes sind als „Brückenköpfe unserer Wirtschaft“ (Imfeld).

Diese politischen und sozialen Strukturen gehören in vielen Ländern zu den Hauptursachen des Hungers, und in diesem Bedingungsrahmen werden logischerweise Hilfen zu seiner Bekämpfung auf staatlicher Ebene sinnlos: Ein beträchtlicher Anteil des eingehenden Geldes fließt zurück auf Schweizer Nummernkonten, Sachlieferungen landen oft auf dem Schwarzen Markt oder werden von den Regierungen sonstwie gewinnbringend veräußert. An dieser Wurzel des Übels versuchen die Hilfswerke anzusetzen: mit Programmen, für die es keine staatliche Zuständigkeit vor Ort gibt, mit dem Aufbau und der *Vernetzung sozialer Mikroinfrastrukturen*, die die Hilfe unmittelbar an die vom Leid und der Not Betroffenen bringt. Und der Forderung von Imfeld, sich in humanitären Fragen massiv in die Angelegenheiten dieser Länder einzumischen, ohne falsche Scheu vor unterstelltem Westertum, eben weil es sich hierbei nicht um Nord-Süd- oder Ost-West-Gegensätze handelt, sondern darum, den Menschen zu elementaren Rechten zu verhelfen, können gerade die Kirchen aufgrund dieser basisorientierten Organisation vor Ort entsprechen, aber auch – international gesehen – durch breite Aufklärungskampagnen der Bevölkerung hierzulande und durch so erzeugten Druck auf die eigene Regierung.

Der politische Rahmen ist nur ein Faktor: Von Bedeutung für das Zustandekommen des Hungers sind etwa auch die unterschiedliche Tragfähigkeit des betreffenden Ökosystems, die vorhandenen Produktionssysteme, aber auch der Handel, über den die gesamte Nahrungsmittelverteilung läuft. Und es gilt, wie der Heidelberger Botaniker und Entwicklungsexperte *Kurt Egger* darlegte, auftretende Störfaktoren in diesem Kräftefeld möglichst ohne allzugroße gegenseitige Rückkoppelungseffekte auszubalancieren. Und die Zahl dieser Störfaktoren ist beträchtlich: Egger nannte natürliche Faktoren wie die Unsicherheit des Klimas, menschliche Einwirkungen wie Kriege, koloniale und nachkoloniale Außeninterventio-

nen (wie etwa der Produktionsabzug aus den Ländern durch von außen aufgezwungene „terms of trade“), die das traditionelle Gleichgewicht destabilisieren und langanhaltende Wandlungsprozesse mit zunehmend funktionalen Unausgeglichenheiten bewirken. Daneben gibt es Außenschwankungen, die ohne Puffer auf die Entwicklungsländer zurückschlagen (Ölschock, Zuckermarkt), aber auch falsche Reaktionen der Länder im Inneren, strukturelle Fehlentwicklungen wie etwa der Einsatz „harter“ technischer Mittel bei der Produktion, das Bevölkerungswachstum und ein ganzes Bündel von *ökologischen Problemen*: angefangen bei Bodenerosion, Wasserhaushaltsstörungen über Wüstenbildung bis hin zu nachhaltigen Klimabeeinträchtigungen, dem Biotop- und Artenschwund und dem Genschwund der Kulturarten. Dieser ökologische Störbereich hat sich langfristig zunächst unbemerkt aufgebaut und droht jetzt alle anderen Faktoren zu verstärken. Er entzieht zunehmend den Sanierungsmaßnahmen buchstäblich den Boden.

## Gegenstrategien

Gegenstrategien müssen sehr behutsam ansetzen, weil sie sonst mehr zerstören als heilen. Das vor drei Dekaden entwickelte Modell des Agrarexports und der Industrialisierung, so Neudeck, „ist geplatzt“, und auch für Imfeld sind die Entwicklungskonzepte vielfach in Rauch aufgegangen. Egger nannte Beispiele für ermutigende Neuanfänge, die an Überkommenes anknüpfen und sich gegen hemdsärmeliges Expertentum europäischer Provenienz durchsetzen. Zu einer solchen Strategie gehört generell, nicht mit Hilfe der von unseren Politikern und Ministerialen offenkundig hoffnungslos überschätzten „Grünen Revolution“ *unsere eigenen ökologischen Probleme* noch zu exportieren. Dazu gehört im einzelnen, daß in der Landwirtschaft ein *hoher Grad an Selbstversorgung* erreicht wird, um die bäuerlichen Produktionssysteme so unabhängig wie möglich von Unruhen im Außenbereich zu gestalten und so eine geregelte Ernährung zu sichern.

Ist dies aufgrund der Überbevölkerung nicht möglich, und es gibt solche Fälle, sind Überlegungen zur Steuerung des Bevölkerungswachstums unabdingbar. Und genau hier, wo Elendsbedingungen und Geburtenzahl offensichtlich zusammenhängen, wäre auch der Ort, wo Kirche sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen hätte: Man dürfe nicht meinen, so Volker Eid, Kinderkriegen sei einfach natürlich. Für die Entscheidung zur Zeugung von Nachkommen ist auch ein Kriterium, daß geborene Kinder in verantwortbaren Umständen aufgezogen werden können. Den Menschen muß diese Verantwortung bei Zeugung *und* Betreuung der Kinder bewußt gemacht werden.

Interessantes am Rande: Zu den ärgsten Hindernissen und Feinden der Hilfswerke zählen staatlicherseits zu groß angesetzte Projektdimensionen (das Klotzen mit Prestigeprojekten findet immer noch Liebhaber), der Bundesrechnungshof als Rechnungsprüfer und penibler

Formularersteller und die Bürokraten der EG-Kommission.

So ist es fast unmöglich, für einen noch so guten Zweck kleinere Summen von 40 000 DM und darunter zu erhalten, schwieriger jedenfalls als 4 Millionen.

Eine kritische Betrachtung verdient in diesem Zusammenhang die EG: Daß die *EG-Kommission* die Entsendung von Beauftragten der Hilfswerke aus Europa in die jeweiligen Krisengebiete verlangt, um die Aktion vor Ort zu überwachen, widerspricht grundsätzlich der Philosophie der kirchlichen Hilfswerke, den Partner im Entwicklungsland als mündiges und verantwortungsbewußtes Gegenüber ernst zu nehmen. Zu verhindern gilt, daß Kolonialismus und nationaler Chauvinismus im Gewande der europäischen Bürokratie neu erstehen.

Und noch ein ganz kritischer Punkt: Die Vertreter aus

Brüssel erhalten in den Entwicklungsländern zunehmend umfangreiche *Vollmachten übernationaler Art*, auch und gerade über Entwicklungsprojekte. Dadurch fällt unseligerweise den Vertretern einer politischen Institution Entscheidungsgewalt über die Bewilligung von Mitteln zu, die von den Kirchen eingesetzt werden, etwa die Unmengen der in europäischen Kühlhäusern gehorteten Lebensmittel. Unseligerweise vor allem auch deshalb, weil in den Maschen der Brüsseler Bürokratie kurzfristige Hilfe hängenbleibt: Anträge über Grundnahrungsmittelhilfe laufen fast ein halbes Jahr. Bei zu spät einsetzenden Maßnahmen aber erledigt sich die Frage nach der Humanität von Hungerhilfe: Vielen Betroffenen ist nicht mehr zu helfen und die eintreffende Hilfe wirkt kontraproduktiv und damit inhuman. Darin waren sich alle Experten einig, auch die Vertreter der Bonner Ministerien. *Klaus Philipp Seif*

## Im Spannungsfeld von Gemeinde und Amt

### Zum Stand der katholischen Amtsdiskussion

*Welche Fragen im einzelnen auf der Tagesordnung der von Johannes Paul II. einberufenen außerordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode vom 25. November bis 8. Dezember dieses Jahres stehen werden (vgl. ds. Heft, S. 104), läßt sich noch nicht absehen. Mit einiger Sicherheit werden sich die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen bei ihrer Bilanz zwanzig Jahre nach Abschluß des Zweiten Vatikanums aber mit der Frage beschäftigen, welche Wirkungen von den in sich nicht spannungsfreien ekklesiologischen Leitlinien ausgegangen sind, die in der Kirchenkonstitution „Lumen gentium“ und den sie ergänzenden Dekreten über die Aufgaben von Bischöfen, Priestern und Laien formuliert wurden. Dabei dürfte das Priesterthema eine gewichtige Rolle spielen.*

### Auch zwanzig Jahre nach dem Konzil noch vieles in Bewegung

Mit ihm hatte sich im Herbst 1971 die zweite ordentliche Vollversammlung der Bischofssynode ausführlich und kontrovers befaßt. Die damalige Debatte fand zu einer Zeit statt, in der die nachkonziliare Amtsdiskussion einen *ersten Höhepunkt* erreichte. Die Hauptthemen jener Diskussion lassen sich nicht zuletzt dem von der Synode verabschiedeten Dokument über das priesterliche Dienstamt (vgl. HK, Dezember 1971, 584–591) entnehmen: Strittig waren vor allem die spezifische Stellung des Priesteramtes im Verhältnis zum allgemeinen Priestertum, die Frage nach den Schwerpunkten der priesterlichen Lebensform und nach dem sozialen und politischen Engagement der Priester. Wichtigster Streitpunkt war der Pflichtzölibat bzw. die Zulassung von „*viri probati*“ zur Priesterweihe. In den letzten Jahren hat sich in Kirche und Theologie die Auseinandersetzung um das Amt nun erneut *intensiviert*.

Diese *zweite Welle* der nachkonziliaren Amtsdiskussion, die auch schon die römische Glaubenskongregation auf den Plan gerufen hat, unterscheidet sich in mancher Hinsicht von der vorausgegangenen. Leitworte wie „Demokratisierung“ und „Entsakralisierung“, mit denen damals viele Reformforderungen verknüpft waren, sind weithin in den Hintergrund getreten; die Zölibatsdiskussion wird längst nicht mehr mit gleicher Intensität geführt. Demgegenüber liegt der Ausgangspunkt in den meisten neueren Veröffentlichungen und Stellungnahmen zum Thema beim Verhältnis von *Amt und Gemeinde*. Dabei spielen die Erfahrungen mit neuen Gemeindeformen und Diensten in den verschiedenen Ortskirchen ebenso eine Rolle wie das angesichts des noch zunehmenden Priestermangels vielfach eingeklagte „Recht der Gemeinde auf Eucharistie“ und damit auch auf einen Priester. Das zeigt sich nicht zuletzt am weitaus am meisten beachteten Beitrag zur katholischen Amtsdiskussion der letzten Jahre, dem so intensiv wie kontrovers diskutierten Buch von Edward Schillebeeckx über das kirchliche Amt von 1980 (vgl. HK, August 1982, 371–373).

Die vielfach konstatierte *Schwerpunktverlagerung* von den Identitätsproblemen des Priesters zum Beziehungsgefüge von Amt und Gemeinde ist dazu angetan, den Blick verstärkt auf das ekklesiologische Zentralproblem zu lenken, um das die Amtsdiskussion in allen ihren Facetten nicht erst seit einigen Jahren kreist: Letztlich steht das *Verhältnis von Kirche und Amt* zur Debatte. Zwar haben die Korrekturen, die das Zweite Vatikanum gegenüber einer einseitig hierarchisch-klerikalen Ekklesiologie anbrachte (Betonung der Einheit der Kirche vor allen hierarchischen Abstufungen durch den Volk-Gottes-Begriff; Hervorhebung des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen, Aufwertung der Laien und ihrer Mitwirkung an der Sendung